

V5 Solidarität ohne Grenzen – Für Frieden und Menschenrechte in Westasien

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 20.02.2026
Tagesordnungspunkt: TOP 7 Inhaltliche Anträge

Antragstext

1 Unsere Grundhaltung

2 Als GRÜNE JUGEND Hamburg stehen wir für eine internationale, queerfeministische
3 und materialistische Politik, die Unterdrückung in all ihren Formen bekämpft.
4 Unser Verständnis von Solidarität ist intersektional: Patriarchat, Kapitalismus,
5 Kolonialismus und Rassismus stützen und verstärken sich gegenseitig. Unsere
6 Solidarität ist niemals selektiv, sondern unteilbar auf der Seite der
7 Leidtragenden.

8 Vorab: Der Begriff „Naher Osten“ ist eurozentristisch: Er beschreibt eine
9 geografische Region aus der Perspektive Westeuropas und reproduziert damit eine
10 koloniale Weltsicht, die andere Regionen als peripher und relativ zur eigenen
11 Mitte definiert. Als GRÜNE JUGEND Hamburg lehnen wir diesen Begriff ab und
12 sprechen stattdessen von „Westasien“ oder benennen konkret die betroffenen Orte
13 und Gebiete: Gaza, Westjordanland, Israel, Palästina.

14 Wir sind uns bewusst, dass „Nahost“ in deutschen Medien, politischen Debatten
15 und im allgemeinen Sprachgebrauch nach wie vor dominant ist. Wir nutzen ihn
16 daher gelegentlich, wenn wir uns auf mediale oder politische Diskurse beziehen,
17 in denen er verwendet wird. Dabei ist uns bewusst, dass er keine neutrale
18 Bezeichnung ist. Dieser Beschluss verwendet durchgehend „Westasien“ oder
19 konkrete geografische Bezeichnungen.

20 Der 7. Oktober und seine Folgen

21 Der Konflikt zwischen Palästina und Israel ist das Ergebnis einer
22 jahrhundertelangen, traumatischen Geschichte, die muslimische, jüdische und
23 christliche, palästinensische und israelische Menschen durch Gewalt, Vertreibung
24 und tiefgreifendes Leid geprägt hat. Vielen Menschen in Deutschland erscheint
25 der Konflikt erst seit dem 7. Oktober 2023 greifbar. Das blendet die Realität
26 und Komplexität dieser Auseinandersetzung jedoch aus und erfasst das
27 vielschichtige Leid auf allen Seiten nicht angemessen.

28 Fünf unverhandelbare Grundsätze

29 Alle unsere Analysen und Positionierungen der GRÜNEN JUGEND Hamburg zum
30 israelisch-palästinensischen Konflikt fußen auf fünf unverhandelbaren, nicht-
31 hierarchisierten Grundsätzen:

- 32 • Wir stehen konsequent an der Seite der Zivilbevölkerung in Israel und in
33 Palästina.
- 34 • Wir bekennen uns uneingeschränkt zum Völkerrecht. Aus dem Völkerrecht
35 ergeben sich für alle Völker Rechte und Verpflichtungen, wie
36 beispielsweise die Achtung der Regeln des humanitären Völkerrechts.
- 37 • Das völkerrechtlich gesicherte Selbstbestimmungsrecht des israelischen
38 Volkes und ihr völkerrechtlich verbrieftes Selbstverteidigungsrecht sind
39 unverhandelbar
- 40 • Wir stehen zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht.
- 41 • Wir stellen uns jedem Antisemitismus sowie antimuslimischem und
42 antipalästinensischem Rassismus entschieden entgegen – in der GRÜNEN
43 JUGEND, in Deutschland und weltweit.

44 Der Terror der Hamas

45 Am 7. Oktober 2023 verübte die radikal-islamistische Terrororganisation Hamas
46 einen großangelegten Terroranschlag auf Israel mit antisemitischer
47 Vernichtungsabsicht: Tausende Raketen wurden abgefeuert, mehr als 1.200 Menschen
48 ermordet, über 200 entführt und gegen israelische FLINTA*-Personen wurde
49 massivste sexualisierte Gewalt eingesetzt. Ziel waren ausschließlich
50 Zivilist*innen. Dieses Massaker stellt das schwerste Verbrechen an
51 Jüdinnen*Juden seit der Shoah dar. Wir verurteilen diesen terroristischen Akt
52 entschieden, ohne Einschränkung und ohne Relativierung.

53 Die Hamas ist eine radikal-islamistische Terrororganisation, deren Gewalt und
54 Brutalität jeglichen Grundsätzen von Menschlichkeit und Völkerrecht
55 widersprechen. Der sogenannte „Kampf“ der Hamas ist kein Kampf um Befreiung,
56 sondern ein anhaltender Akt des Terrors gegen unschuldige Menschen. Er verdient
57 keinerlei Legitimation als „Befreiungskampf“ und muss als das benannt werden,
58 was er ist: systematische Gewalt gegen Zivilist*innen. Die Hamas trägt durch den
59 bewussten Einsatz ziviler Infrastruktur – Krankenhäuser, Schulen, Wohnviertel –
60 als militärische Deckung eine direkte Mitverantwortung am Tod palästinensischer
61 Zivilist*innen und verstößt damit selbst gegen das humanitäre Völkerrecht.

62 Jüdinnen*Juden wurde über Jahrhunderte unermessliches Leid zugefügt – von
63 Pogromen bis zur Shoah. Die Shoah, der industriell organisierte Genozid an sechs
64 Millionen europäischen Jüdinnen*Juden, prägt bis heute das kollektive Gedächtnis
65 in Deutschland und weltweit. Das Vermächtnis Deutschlands als Täternation
66 verpflichtet uns erstens zur besonderen Verantwortung gegenüber dem jüdischen
67 Volk und dem Schutz jüdischen Lebens, in Deutschland, in Israel und weltweit.
68 Darüber hinaus verpflichtet es uns zur Wahrung der universellen Menschenrechte,
69 die als Lektion aus dem Nationalsozialismus in der Allgemeinen Erklärung der
70 Menschenrechte niedergeschrieben wurden und durch das Völkerrecht gewahrt werden
71 sollen.

72 Wir bekennen uns zur Souveränität, zum Selbstbestimmungsrecht und dem
73 Selbstverteidigungsrecht des israelischen Staates. Das Selbstverteidigungsrecht
74 und Selbstbestimmungsrecht muss jedoch stets im Einklang mit dem Völkerrecht
75 ausgeübt werden.

76 Im politischen Diskurs wird häufig vom „Existenzrecht“ Israels gesprochen, auch
77 wenn dieser Begriff im Völkerrecht keine formale Grundlage hat. Er drückt etwas
78 aus, das über juristische Kategorien hinausgeht: die Anerkennung, dass Israel
79 als einziger jüdischer Staat das Recht hat zu existieren, und dass diese
80 Existenz nicht verhandelt, relativiert oder in Frage gestellt werden darf. Dass
81 Israel seit seiner Gründung immer wieder mit dem Ziel seiner Vernichtung
82 angegriffen wurde und bis heute angegriffen wird, macht deutlich, dass das
83 sogenannte Existenzrecht keine politische Floskel ist, sondern eine reale und
84 fortbestehende Notwendigkeit ist. Wenn Israel im politischen Diskurs das
85 „Existenzrecht“ abgesprochen wird, impliziert dies, dass das völkerrechtlich
86 verbriefte Recht eines Volkes über sich selbst zu bestimmen zugunsten der
87 Selbstbestimmung eines anderen Volkes zu vernachlässigen ist. In der Realität
88 gilt dieses Recht auf Selbstbestimmung uneingeschränkt für alle Völker. Es ist
89 zu betonen, dass kein anderer Staat der Welt mit der systematischen Aberkennung
90 seines bloßen Daseinsrechts konfrontiert wird. Daher halten wir es für
91 problematisch, wenn im politischen Diskurs das Existenzrecht Israels infrage
92 gestellt wird, mit der Begründung, dass es kein „Recht“ auf Existenz eines
93 Staates gibt. Wir bekennen uns zum Recht auf Selbstbestimmung für den
94 israelischen Staat als auch für das palästinensische Volk, denn diese stehen
95 nicht im Widerspruch zueinander.

96 Gleichzeitig muss anerkannt werden, dass die Gründung des Staates Israel 1948
97 auch mit der Nakba einherging – der gewaltsamen Vertreibung und Entrechtung von
98 über 700.000 Palästinenser*innen.

99 Das Leid dieser Menschen und die historische wie aktuelle Kontinuität von Gewalt
100 und Diskriminierung sind ebenfalls Teil der Geschichte, die nicht gegeneinander
101 aufgerechnet oder relativiert werden dürfen. Eine gerechte und friedliche Lösung
102 erfordert die Anerkennung der Leiden beider Seiten, ohne den Zivilisationsbruch
103 der Shoah und das historische Trauma der Jüdinnen*Juden zu relativieren.

104 Das Vorgehen der israelischen Regierung

105 Wir verurteilen das Vorgehen der israelischen Regierung im Gazastreifen
106 entschieden. Das Existenzrecht Israels und die scharfe Kritik an seiner
107 Regierung sind dabei keine Widersprüche – wir unterscheiden klar zwischen dem
108 Staat Israel und den politischen Entscheidungen seiner aktuellen Regierung. Als
109 Reaktion auf den Terroranschlag begann die israelische Regierung eine
110 großangelegte Militäroperation im Gazastreifen. Diese entwickelte sich zu einem
111 brutalen Krieg, der weit über legitime Selbstverteidigung hinausgeht. Nach UN-
112 Schätzungen wurden seit Oktober 2023 zehntausende Menschen getötet und
113 hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht eine akute Hungersnot, das
114 Gesundheitssystem ist kollabiert, und Millionen Menschen sind schutzlos auf der
115 Flucht. Die Blockade humanitärer Hilfe und das fortgesetzte Bombardement – auch
116 ziviler Einrichtungen wie Krankenhäuser und Schulen – verletzen elementare
117 Prinzipien des humanitären Völkerrechts.

118 Auch in Gaza wurde von IDF-Soldaten, Hamas-Kämpfern und anderen bewaffneten
119 Akteuren sexualisierte Gewalt eingesetzt. Als GRÜNE JUGEND Hamburg verurteilen

120 wir jegliche Form der sexualisierten Gewalt. Unter dem Krieg leiden in erster
121 Linie nicht die Reichen und Mächtigen, sondern arme und vulnerable Menschen:
122 FLINTA*, Kinder und queere Personen sind in besonderer Weise betroffen.

123 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen und die
124 eskalierende Siedler*innengewalt im Westjordanland und Ostjerusalem sind schwere
125 Verstöße gegen das Völkerrecht. Diese Gewalt ist kein Randphänomen: Bewaffnete
126 Siedler werden systematisch von Armee und Polizei geschützt und begleitet und
127 genießen weitgehende Straffreiheit – sie ist Ausdruck staatlich organisierter
128 Vertreibungspolitik. Human Rights Watch (HRW) sieht deutliche Hinweise auf
129 Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Der IGH und die UN-
130 Generalversammlung haben wiederholt klargestellt, dass alle israelischen
131 Siedlungen im besetzten Gebiet – einschließlich Ostjerusalems –
132 völkerrechtswidrig sind, gegen die Vierte Genfer Konvention verstoßen und
133 vollständig geräumt werden müssen.

134 Einschätzung zum Völkermordvorwurf

135 Das anhaltende militärische Vorgehen im besetzten Gazastreifen, die Vertreibung
136 im Westjordanland und die militärische Gewalt gegen Zivilist*innen durch
137 extremistische Siedler sind schwere Verstöße gegen das Völkerrecht. Die
138 systematische Ungleichbehandlung der Palästinenser*innen im besetzten
139 Westjordanland und Ostjerusalem ist als strukturelle Diskriminierung klar zu
140 bennennen und zu verurteilen.
141 Berichte von UN-Gremien, Amnesty International, Human Rights Watch, B'Tselem und
142 anderen Organisationen weisen auf genozidale Merkmale im Vorgehen gegen Gaza
143 hin: systematische Tötung, massive Vertreibungen, gezielte Vernichtung der
144 zivilen Infrastruktur, bewusste Erzeugung von Hunger und Krankheit sowie die
145 Verhinderung humanitärer Hilfe. Nach UN-Schätzungen wurden seit Oktober 2023
146 zehntausende Menschen getötet und hunderttausende verletzt. In Gaza herrscht
147 eine akute Hungersnot und das Gesundheitssystem ist kollabiert. Der
148 Internationale Gerichtshof (IGH) hat wiederholt festgestellt, dass eine reale
149 und unmittelbare Gefahr für die Existenz der palästinensischen Bevölkerung in
150 Gaza besteht und dass "katastrophale" Lebensbedingungen herrschen, die durch die
151 Handlungen der israelischen Regierung fortlaufend verschlimmert wurden. Der IGH
152 hat in seinen einstweiligen Maßnahmen zudem festgestellt, dass die Gefahr eines
153 Völkermords plausibel ist - ein abschließendes rechtliches Urteil steht noch
154 aus.

155

156 Das Massaker der Hamas bleibt verabscheuungswürdig und unentschuldbar. Das
157 Selbstverteidigungsrecht darf jedoch nicht als Vorwand dienen, um kollektive
158 Bestrafung, ethnische Vertreibung und systematische Vernichtung zu legitimieren.

159 Als GRÜNE JUGEND Hamburg schließen wir uns der Einschätzung des IGH an und sehen
160 zentrale Kriterien der UN-Völkermordkonvention als erfüllt an. Wir sind jedoch
161 nicht die Instanz, ein abschließendes rechtliches Urteil zu fällen – dafür gibt
162 es den IGH. Wir fordern die vollständige Umsetzung seiner Entscheidungen und
163 nehmen seine laufenden Verfahren mit größtem Ernst. Wir verurteilen die Politik
164 der rechtsextremen Regierung Israels, die durch Siedlungsbau, Entrechtung und
165 das Ausmaß des militärischen Vorgehens die Eskalation aktiv befördert und eine
166 politische Lösung systematisch verhindert hat. Unsere Kritik gilt der Regierung,
167 nicht dem israelischen Volk, nicht der israelischen Zivilgesellschaft, die
168 selbst massiv gegen diese Politik protestiert.

169 Israelische Geiseln und palästinensische Gefangene – Menschenwürde ist
170 unverhandelbar

171 Die Hamas hat am 7. Oktober 2023 über 200 Menschen als Geiseln verschleppt –
172 Kinder, Alte, Familien. Wir verurteilen diese Entführungen auf das Schärfste:
173 Sie sind ein schweres Verbrechen gegen unschuldige Menschen und stellen eine
174 schwere Verletzung des humanitären Völkerrechts dar. Die Geiseln wurden als
175 Druckmittel missbraucht, unter traumatischen Bedingungen festgehalten und viele
176 von ihnen über Monate in völliger Isolation und in ständiger Bedrohung ihres
177 Lebens gehalten. Amnesty International, die UN und weitere
178 Menschenrechtsorganisationen dokumentieren körperliche und psychische
179 Misshandlung, Mangelernährung und weitere Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

180 Dass nun alle Geiseln freigekommen sind, ist eine Erleichterung – doch keine
181 Rückkehr zur Normalität. Die Freigelassenen tragen die Spuren monatelanger
182 Geiselhaft, psychischer Zermürbung, körperlicher Misshandlung und traumatischer
183 Erlebnisse, die sie ihr Leben lang begleiten werden. Unsere Solidarität gilt
184 ihnen und ihren Angehörigen, die viele Monate in Ungewissheit um das Leben ihrer
185 Liebsten gebangt haben. Unser tiefstes Mitgefühl gilt den Familien der Geiseln,
186 die nicht mehr lebend zurückgekehrt sind. Ihr Tod ist ein unermesslicher
187 Verlust, für den die Hamas die volle Verantwortung trägt.

188 Das unbestreitbare Leid der israelischen Geiseln rechtfertigt in keiner Weise
189 die Misshandlung palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen – und
190 umgekehrt. Leid ist nicht aufrechenbar. Berichte über die Haftbedingungen
191 palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen sind erschütternd und
192 werfen schwerwiegende menschenrechtliche Fragen auf. Internationale
193 Organisationen wie Amnesty International, Human Rights Watch und Medico
194 International dokumentieren überzeugend, dass palästinensische Häftlinge
195 systematischer Misshandlung, Folter und willkürlicher Inhaftierung ausgesetzt
196 sind. Auch sie sind Menschen, die unter traumatischen Bedingungen festgehalten
197 werden - manche ohne Anklage, viele ohne Kontakt zu ihren Familien. Wieviele
198 Gefangene Gewalt erleben und wo somit die Grenzen einer legitimen Inhaftierung
199 deutlich überschritten werden, ist unklar. Jedoch sollen seit Oktober 2023 nach
200 Schätzungen von Menschenrechtsgruppen über 70 Gefangene in israelischem
201 Gewahrsam ums Leben gekommen sein. Diese systematischen
202 Menschenrechtsverletzungen widersprechen grundlegenden Prinzipien von
203 Rechtsstaatlichkeit, Menschenwürde und humanitärem Völkerrecht und müssen von
204 der internationalen Gemeinschaft klar benannt, geächtet und beendet werden.

205 Ablehnung von Fremdherrschaft über Gaza

206 Nur Palästinenser*innen sollten über die Zukunft Gazas und Palästinas
207 entscheiden. Als GRÜNE JUGEND stehen wir für das Selbstbestimmungsrecht der
208 Palästinenser*innen ein. Den sogenannten „Trump-Plan“, der als „Friedensplan“
209 für Westasien präsentiert wurde, lehnen wir entschieden ab. In seinem Kern ist
210 er kein Plan für Frieden, sondern ein Versuch, die Realität der Besatzung und
211 des Kolonialismus zu festigen und international salonfähig zu machen.

212 Wir lehnen ebenso den im Januar 2026 in Davos gegründeten „Friedensrat“ (Board
213 of Peace) entschieden ab, da er unseren Prinzipien von Gerechtigkeit,
214 Souveränität und demokratischer Ordnung fundamental widerspricht. Ein solcher
215 Rat würde in Gaza eine de facto neokoloniale Verwaltung etablieren: Er
216 entmündigt die lokale Bevölkerung, indem ihre politische Selbstbestimmung durch

217 die willkürliche Herrschaft eines intransparenten Gremiums externer Akteure und
218 teils autoritärer Staatsoberhäupter ersetzt wird. Die Bedingung von
219 Milliardenzahlungen für eine dauerhafte Mitgliedschaft degradiert
220 Friedenspolitik zu einem käuflichen Gut. Zudem ist der Rat als Konkurrenzprojekt
221 zu den Vereinten Nationen konzipiert und untergräbt damit mühsam erkämpfte
222 völkerrechtliche Standards. Eine Institution, die globale Konfliktlösung
223 beansprucht, während sie die Rechte der Betroffenen ignoriert, kann keine Basis
224 für einen gerechten und dauerhaften Frieden bilden.

225 Entschieden gegen Antisemitismus

226 Als GRÜNE JUGEND Hamburg treten wir entschieden gegen Antisemitismus in jeder
227 Form ein. Antisemitismus ist und bleibt ein tödliches, historisch gewachsenes
228 Unterdrückungssystem, das niemals relativiert werden darf. Antisemitismus
229 manifestiert sich in vielen Formen: als Weltbild, in dem Jüdinnen*Juden – im
230 antisemitischen Narrativ – zu „Strippenziehern“ der Welt gemacht werden, als
231 verschwörungsideologischer Antisemitismus, als israelbezogener Antisemitismus
232 und als Shoaverharmlosung.

233 Ein klares Verständnis von Zionismus ist die Voraussetzung dafür, die Debatte um
234 Zionismuskritik sachlich und differenziert zu führen. Im Kern beschreibt
235 Zionismus die nationale Bewegung des jüdischen Volkes, die das Ziel verfolgt,
236 die Selbstbestimmung und Souveränität in einem eigenen Staat im historischen
237 Heimatland Israel zu verwirklichen. Er ist damit eine Antwort auf die globale
238 Geschichte der Verfolgung und die völkerrechtliche Anerkennung des
239 Selbstbestimmungsrechts der Völker.

240 Die Verwirklichung dieses Ziels war jedoch für die palästinensische und
241 arabische Bevölkerung mit realer Vertreibung und tiefem Leid verbunden. Die
242 Nakba ist historische Tatsache und darf nicht ausgeblendet werden. Israel ist
243 heute zwar ein Staat mit formal gleichen Bürgerrechten für alle
244 Staatsangehörigen. Es existiert jedoch strukturelle Diskriminierung von
245 arabischen Israelis. Gleichzeitig stellt der zionistische Verfassungsauftrag
246 einen realen Widerspruch zum Gleichheitsanspruch dar. Dieser Widerspruch muss
247 klar benannt werden können.

248 Davon ausgehend ist festzuhalten, dass eine kritische Auseinandersetzung mit dem
249 Staat Israel, wie bei jeder anderen Nation, grundsätzlich legitim ist.
250 Zionismuskritik, die sich auf die konkrete Regierungsführung, Siedlungspolitik
251 oder das Eintreten für palästinensische Rechte konzentriert, ist Teil des
252 demokratischen Diskurses. Auch ideologische Einwände gegen das Konzept von
253 Nationalstaaten sind als politische Position zu respektieren, solange sie
254 universell angewandt werden.

255 Die Grenze zum antisemitischen Antizionismus ist jedoch dort erreicht, wo die
256 Kritik an Israel als Projektionsfläche für jüdenfeindliche Ressentiments dient.
257 Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn Israel durch die Anwendung von
258 Doppelstandards das Existenzrecht abgesprochen wird, das anderen Nationen
259 selbstverständlich zugestanden wird. Antisemitisch ist Antizionismus zudem dann,
260 wenn er mit Dämonisierungen arbeitet, die historische Verbindung des jüdischen
261 Volkes zur Region leugnet oder Jüdinnen*Juden weltweit kollektiv für die
262 Handlungen des Staates Israel verantwortlich macht.

263 Ebenso verurteilen wir einen radikalen und fundamentalistischen Zionismus, der
264 Vertreibung, Enteignung und Gewalt als legitimes Mittel der Politik betrachtet,
265 auf das Schärfste. Dieser muss jedoch klar vom historischen Grundkonzept des
266 Zionismus als Antwort auf Verfolgung und dem Streben nach jüdischer
267 Selbstbestimmung unterschieden werden. Wir lehnen eine undifferenzierte Haltung
268 zum Zionismus ab. Aus unserer Sicht gilt es, zwischen der historischen,
269 theoretischen Idee des Zionismus und einer radikalen, fundamentalistischen
270 Ausformung zu unterscheiden. Wer jeden Zionismus mit seiner radikalsten
271 Ausformung gleichsetzt, betreibt eine Pauschalisierung, die wir klar als
272 antisemitisch benennen, genauso wie einen absoluten Antizionismus, der jüdische
273 Selbstbestimmung als solche ablehnt. Unser Ziel ist ein Diskurs, der legitime
274 Kritik an Zionismus ermöglicht, ohne dabei die Sicherheit und Würde jüdischen
275 Lebens in Frage zu stellen.

276 Unser Ziel ist ein Diskurs, der politische Kritik ermöglicht, ohne dabei die
277 Sicherheit und Würde jüdischen Lebens in Frage zu stellen.

278 Der Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ist für uns nicht verhandelbar – in
279 unserer Gesellschaft, in unseren Institutionen und in unserem Verband. Wir
280 fordern, dass jüdische Menschen in Deutschland sicher leben, ihre Religion und
281 Kultur frei ausüben und ohne Angst am öffentlichen Leben teilhaben können.
282 Antisemitische Übergriffe, Bedrohungen und Diskriminierung müssen konsequent
283 verfolgt und geächtet werden.

284 Solidarität darf niemals Ausdruck oder Deckmantel für Hass, Gewalt,
285 Antisemitismus oder Rassismus sein. Wir verurteilen Versammlungen, Aussagen und
286 Texte, die radikal-fundamentalistischen Islamismus verherrlichen, zu Gewalt
287 aufrufen oder antisemitische Vorurteile bedienen.

288 Gegen die Kriminalisierung palästinasolidarischer Bewegungen

289 In Deutschland sehen wir eine alarmierende Kriminalisierung
290 palästinasolidarischer Bewegungen. Demonstrationen werden verboten, Menschen aus
291 migrantischen und muslimischen Communities werden unverhältnismäßig
292 kontrolliert, mit Polizei- und Gewaltmaßnahmen konfrontiert oder abgeschoben,
293 nur weil sie ihre Stimme gegen Krieg, Besatzung und Vertreibung erheben. Pro-
294 palästinensische Demonstrierende dürfen nicht pauschal Opfer polizeilicher
295 Repressionen werden. Meinungsfreiheit endet jedoch dort, wo Antisemitismus
296 beginnt.

297 Bildungsarbeit und Verbandsarbeit

298 Bildungsarbeit zum Westasienkonflikt muss ein Schwerpunkt unserer Verbandspraxis
299 sein – zu Antisemitismus, antimuslimischem Rassismus und struktureller
300 Diskriminierung. Ziel ist es, legitime Kritik an der israelischen Regierung zu
301 ermöglichen, ohne antisemitische Narrative zu bedienen, und über den Terror der
302 Hamas aufzuklären, ohne antimuslimische Stereotype zu reproduzieren.

303 Die GRÜNE JUGEND Hamburg muss ein safer space sein, in dem sich jüdische,
304 muslimische und migrantisierte Menschen sicher fühlen. Dafür braucht es
305 antisemitismus- und rassismussensible Weiterbildung von Awarenesspersonen und
306 Vorständen – unter Einbeziehung der Betroffenen, deren Perspektiven gehört und
307 ernst genommen werden müssen.

308 Unsere Forderungen

309 Als GRÜNE JUGEND Hamburg setzen wir uns für eine Welt ohne Krieg, Leid und
310 Vertreibung ein. Aus unserer Vision von einem gerechten Frieden leiten sich
311 folgende Forderungen ab:

- 312 • Das Sterben muss aufhören. Der Waffenstillstand muss von allen Seiten
313 eingehalten werden.
- 314 • Der ungehinderte, bedarfsgerechte und transparente Zugang zu humanitärer
315 Hilfe für die Zivilbevölkerung in Gaza muss gewährleistet werden.
- 316 • Das Ende der Siedler*innengewalt und der israelischen Besatzung des
317 Westjordanlands, Ostjerusalems und des Gazastreifens (Occupied Palestinian
318 Territories, OPT - die seit 1967 unter israelischer Militärkontrolle
319 stehenden palästinensischen Gebiete).
- 320 • Förderung israelisch-palästinensischer Friedensinitiativen aus der
321 Zivilgesellschaft. Wir solidarisieren uns mit den zivilgesellschaftlichen
322 Protesten gegen die rechtsextreme Regierung in Israel sowie gegen die
323 islamistische Hamas.
- 324 • Anerkennung und Einhaltung der Entscheidungen des IGH und des IStGH,
325 einschließlich der Haftbefehle gegen Netanjahu und Galant.

326 Abschluss

327 Wir stehen auf der Seite aller Leidtragenden in Westasien. Wir setzen uns für
328 eine Politik ein, die marginalisierte Stimmen stärkt und globale Gerechtigkeit
329 sucht, ohne Hierarchien des Leids. Dieser Beschluss steht am Anfang eines
330 Aufarbeitungsprozesses innerhalb des Verbandes und in den Landesverband und die
331 Partei hinein.

Begründung

erfolgt mündlich